

Chance für SPD: Mehrheit der Deutschen für Bürgerversicherung

Köln, 22.01.2018. Die SPD würde gerne eine Bürgerversicherung einführen. Dadurch wären alle Bürger über die gesetzliche Krankenversicherung versichert und die Zweiteilung in private und gesetzliche Krankenversicherung würde abgeschafft. Zusatzleistungen wären weiterhin über Private Zusatzkrankensicherungen möglich. In den Sondierungsgesprächen zu einer möglichen Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD konnte die SPD den Vorschlag der Bürgerversicherung noch nicht durchsetzen. Innerhalb der SPD wird das Thema jedoch weiter diskutiert - die Erwartung an die Parteispitze ist, dieses Thema in den anstehenden Koalitionsverhandlungen nochmals mit aufzunehmen.

Die Mehrheit der Deutschen (61 Prozent) ist der Einführung einer Bürgerversicherung gegenüber positiv eingestellt, das zeigt eine [aktuelle YouGov-Umfrage](#). Neben den SPD-Anhängern (72 Prozent), würden auch Wähler der Linken (75 Prozent), der Grünen (71 Prozent) und der AfD (70 Prozent) für die Einführung der Bürgerversicherung stimmen. Aber auch bei den CDU/CSU- und FDP Wählern befürworten mehr als die Hälfte (51 Prozent bzw. 53 Prozent) die Bürgerversicherung.

Hohe Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung

Doch wie kommt es zu solch einer hohen Zustimmung für eine Änderung im deutschen Gesundheitssystem? Die Gesundheitsversorgung in Deutschland wird im internationalen Vergleich jedenfalls von der Mehrheit als hoch eingeschätzt (56 Prozent). Auch ein Blick auf privat und gesetzlich Versicherte zeigt, dass beide Gruppen zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit ihrer Krankenversicherung sind (83 Prozent und 85 Prozent).

Allgemein sind Privatversicherte etwas zufriedener mit der Leistung ihrer Versicherung als gesetzlich Versicherte (82 Prozent vs. 80 Prozent), jedoch deutlich unzufriedener mit den einhergehenden Kosten (55 Prozent vs. 63 Prozent). Schaut man genauer hin, zeigt sich jedoch: Ein Fünftel der Privatversicherten hat das Gefühl, regelmäßig oder bei fast jedem Arztbesuch überversorgt zu werden - also medizinische Leistungen oder Medikamente zu erhalten, die eigentlich nicht notwendig wären. Im Kontrast dazu gibt knapp ein Viertel der gesetzlich Versicherten an, regelmäßig oder bei fast jedem Arztbesuch das Gefühl zu haben, unterversorgt zu werden - also Leistungen die eigentlich nötig wären, nicht zu erhalten.

So meinen auch deutlich weniger gesetzlich Versicherte als Privatversicherte, bestmöglich versichert zu sein (62 Prozent vs. 77 Prozent) oder bestmöglich versorgt (69 Prozent vs. 79 Prozent) zu sein. Insgesamt ist die Zufriedenheit aber auch hier hoch.

Es geht um soziale Gerechtigkeit

Auf der anderen Seite empfindet über die Hälfte der Deutschen (51 Prozent) das Gesundheitssystem in Deutschland als ungerecht. Insbesondere Geringverdiener mit einem Einkommen von weniger als 1.500 Euro netto monatlich nehmen Ungerechtigkeiten im Gesundheitssystem wahr (53 Prozent), während 58 Prozent der Gutverdiener (mehr als 3.500 Euro im Monat) dies nicht tun.

Gustav-Heinemann-Ufer 72
50968 Köln
Tel: +49 (0) 221 42061 444
Fax: +49 (0) 221 42061 1444



Weiterhin zeigt sich, dass in Deutschland insgesamt ein vom Solidaritätsprinzip geprägtes Gerechtigkeitsempfinden in Bezug auf die Gesundheitsversorgung herrscht. So stimmen über zwei Drittel (69 Prozent) der Aussage zu „Es ist gerecht, wenn die, die mehr verdienen, die Gesundheitsversorgung derjenigen mitbezahlen, die weniger verdienen.“ Im Gegensatz dazu lehnen drei von fünf Befragten (56 Prozent) die Aussage ab, dass diejenigen, die mehr in die Kasse einzahlen auch mehr bekommen sollten.

Die große Mehrheit ist darüber hinaus der Meinung, dass der Staat dafür sorgen muss, dass jeder bekommt, was er benötigt. Die SPD könnte mit der Durchsetzung der Bürgerversicherung also bei weiten Teilen der Bevölkerung punkten, sowie sich mit ihrem Kernthema der „Gerechtigkeit“ profilieren.

Die vollständige Studie kann kostenfrei unter der Angabe von Kontaktdaten hier heruntergeladen werden:
http://Political_Buergerversicherung

Medienvertreter erhalten diesen auf Wunsch auch direkt per E-Mail.

Pressekontakt:

YouGov Deutschland GmbH
Philipp Schneider
Manager PR
Tel.: +49 (0) 221 420 61 – 444
E-Mail: presse@yougov.de

Kontakt zur Studienleitung:

YouGov Deutschland GmbH
Maria Kosboth
Account Manager
Tel.: +49 (0) 221 420 61 – 221
E-Mail: maria.kosboth@yougov.de

+++ +++ +++

Über YouGov:

Gustav-Heinemann-Ufer 72
50968 Köln
Tel: +49 (0) 221 42061 444
Fax: +49 (0) 221 42061 1444



YouGov ist ein weltweites Marktforschungs- und Beratungsinstitut. Im Jahr 2000 in London gegründet, ist YouGov mittlerweile mit 31 Standorten in Europa, den USA, im Nahen Osten, Afrika und Asien vertreten. YouGov gilt als Pionier in der Online-Marktforschung und gehört nach Angaben der renommierten American Marketing Association zu den Top 20 Marktforschungsunternehmen der Welt.

Weitere Informationen finden Sie unter yougov.de